



Dringlicher Antrag

in der Gemeinderatssitzung vom 17. Februar 2022
eingebracht von GR Mag. Philipp Pointner

Betreff: Veröffentlichung aller Studien im Haus Graz

Von der Stadt Graz in Auftrag gegebene Studien und ähnliche Dokumente werden von den Grazer Steuerzahler_innen finanziert. Daher haben sie ein Recht, auf das gewonnene Wissen zuzugreifen, um somit Arbeits- und Meinungsbildungsvorgänge in unserer Stadt nachvollziehen zu können. Diskussionen zur Veröffentlichung von Studien, wie sie beispielsweise im vergangenen Jahr zur Mini-Metro geführt wurden, sind gegenüber den Steuerzahler_innen weder vertrauensbildend noch gerechtfertigt.

Wirft man einen Blick auf die Informationsbeschaffung der Stadt Graz im Allgemeinen, wird man feststellen, dass die Stadt und ihre Beteiligungen mit ihren erfahrenen und gut ausgebildeten Mitarbeiter_innen selbst über großes Know-How verfügen, welches auch regelmäßig in die Arbeit des Gemeinderats einfließt. Darüber hinaus werden (im Bedarfsfall) externe Expert_innen beauftragt, um andere Blickpunkte auf Problemstellungen herauszuarbeiten und wissenschaftliche Erkenntnisse einzubringen, die im Haus Graz andernfalls nicht verfügbar wären. All diese Erkenntnisse beeinflussen natürlich die Arbeits- und Meinungsbildungsvorgänge im Magistrat und der Stadtregierung, was im Sinne einer evidenzbasierten und zukunftsfiten Politik grundsätzlich zu begrüßen ist. Doch zeigt die Vergangenheit auch, dass die gewonnenen Informationen nach Belieben zur öffentlichen Meinungsbildung verwendet werden. Dabei dürfte sich die Frage, welche Studie veröffentlicht wird und welche nicht, jedoch nicht stellen, denn schließlich zahlen die Grazer Steuerzahler_innen für diese beauftragten Studien und ähnliche Dokumente und müssten demzufolge auch öffentlichen Zugang zu diesen erhalten.

Im Lichte der Beinschab-Affäre stellt sich den Grazer Bürger_innen nun die dringliche Frage, welche Studien mit ihrem Steuergeld von der Stadt Graz und ihren Beteiligungen in Auftrag gegeben wurden. Einmal abgesehen von den Meinungsumfragen mit Tiervergleichen, die das Finanzministerium für die ÖVP bezahlte, gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Diskussionen zur Öffentlichkeit von Studien. Von der Machbarkeitsstudie zur Plabutsch-Gondel wissen wir beispielsweise bis heute nicht einmal den Seitenumfang.

Nachdem der Internetzugang mittlerweile zur Grundausstattung unseres Alltags gehört und immer mehr Verwaltungseinheiten die Möglichkeiten des e-government-Konzepts nutzen, könnte die Stadt Graz alle beauftragten Studien bzw. ähnliche Dokumente auf einer zentralen Website der Stadt öffentlich zugänglich machen. Diese

Maßnahme wäre eine gute Vorbereitung auf das bereits lange erwartete Informationsfreiheitsgesetz, mit dem sich die Stadt grundsätzlich weiterentwickeln wird. Mit der Veröffentlichungspflicht von Studien im Haus Graz werden die Bürger_innen außerdem in Meinungsbildungsprozesse besser miteinbezogen. Dadurch wird gelebte Demokratie in Form einer faktenbasierten Bürger_innenbeteiligung in unserer Stadt gestärkt.

Im Sinne einer solcherart transparenten Stadtverwaltung, die ihren Bürger_innen einen breiten Informationszugang gewährt, stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

dringlichen Antrag,

- 1.) dass sich der Gemeinderat der Stadt Graz zu einem grundsätzlich freien und kostenlosen Zugang zu Informationen bekennt und
- 2.) Studien und ähnliche Dokumente, die im Auftrag der Stadt oder ihrer Beteiligungen erstellt wurden, den Grazer Bürger_innen auf einer zentralen Website zur Verfügung stellt.

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung von Pkt. 2 prüfen und dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung ein Stück zur Beschlussfassung vorlegen.